

Beschluss Inklusion & Teilhabe – Jede und jeder kommt mit

Antragsteller*in: Martin Both (KV Rosenheim)
Tagesordnungspunkt: 2. Verabschiedung Wahlprogramm

Text

Wir setzen uns für ein inklusives Gemeinwesen ein, in dem alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten teilhaben können. Unserem Verständnis nach bezieht sich Inklusion nicht nur auf Menschen mit Behinderungen. Allen Menschen wird erleichtert zu verstehen, was von ihnen gewollt oder gebraucht wird, wenn Antragsformulare und Bescheide in „Leichter Sprache“ verfasst werden. Es ist ein wichtiges grünes Ziel, nicht nur Voraussetzungen für diese Teilhabe zu schaffen, sondern diese auch optimal umzusetzen/ weiterzuentwickeln. Die Teilhabeplanung hat mittlerweile einen wichtigen Stellenwert im Landkreis, erkennbar an der erfolgreich funktionierenden Fachstelle Inklusion und den regelmäßig stattfindenden Treffen der Steuerungsgruppe sowie der verschiedenen Arbeitsgruppen, die solche Themen wie frühkindliche Bildung, Inklusion in Schule, Kultur, Sport und Freizeit bis hin zum Thema Arbeit und Beschäftigung sowie Wohnen und unabhängige Lebensführung behandeln. Dennoch gibt es auch nach Erscheinen des Teilhabeplans vor über sechs Jahren noch vieles zu verbessern:

- verstärkte Anstrengungen in allen Bereichen des täglichen Lebens bezüglich verkehrstechnischer Barrierefreiheit, Förderung von barrierefreiem Wohnraum, wo immer möglich, aber auch Schaffung von behindertengerechten Ruhezonen im öffentlichen Raum
- Niederflurbusse im gesamten Landkreis machen es nicht nur Menschen mit Mobilitätseinschränkungen möglich, sich bequem mit dem ÖPNV fortzubewegen.
- einfacherer Zugang zu Informationen über Hilfen, Transportmöglichkeiten und Assistenzdienste, auch unter Nutzung verschiedener Social-Media-Kanäle
- Ausbau des Mobilitätsangebots über den jeweiligen städtischen und außerörtlichen Zentralbereich hinaus. Zum Erreichen von Ämtern sollte eine landkreiseigene Transportmöglichkeit ähnlich einem Sozialmobil oder Rufbus geschaffen werden. à ernsthaft?
- Der vermehrte Ausbau des behindertengerechten ÖPNV auch in außerstädtischen Bereichen würde Menschen mit Behinderung in die Lage versetzen, auch Wohnungen in günstigerer Außenlage nutzen zu können.
- Die Bauämter in den Gemeinden sollten dazu motiviert werden, §48 der Bayerischen Bauordnung zum barrierefreien Bauen konsequenter bei den verantwortlichen Planern ins Bewusstsein zu rücken und seine Umsetzung zu kontrollieren.
- Ein vermehrtes Engagement der ortsansässigen Vereine und Arbeitgeber im Sinne der Inklusion sollte gezielt gefördert und belohnt werden.